

Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten

(Informationspflicht nach Art. 13 DS-GVO - Direkterhebung beim Betroffenen)

1. Name und Kontaktangaben des Verantwortlichen (Art. 13 Abs. 1 lit. a) DS-GVO

Verantwortlicher

Landeshauptstadt Erfurt, Der Oberbürgermeister

Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)

Fischmarkt 1, 99084 Erfurt

Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich

Fachamt

Amt für Soziales und Gesundheit

E-Mail-Adresse

datenschutzkoordinator.soziales-gesundheit@erfurt.de

Fax-Nr.

0361/6556109

Telefon-Nr.

0361/6556101

2. Kontaktangaben des Datenschutzbeauftragten (Art. 13 Abs. 1 lit. b) DS-GVO

Verantwortlicher

Bereich Oberbürgermeister, Datenschutzbeauftragter

Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)

Fischmarkt 1, 99084 Erfurt

E-Mail-Adresse

datenschutzbeauftragter@erfurt.de

Fax-Nr.

0361 655-1009

Telefon-Nr.

0361 655-1016

3. Zwecke der Datenverarbeitung (Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 1 DS-GVO)

Die Verarbeitung der Daten erfolgt zum Zwecke der gesetzlichen Aufgabenerledigung nach den SGB IX, XII für Leistungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen für Leistungen der Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Einrichtungen und für Leistungen der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten; Inanspruchnahme Unterhaltspflichtiger.

Darüber hinaus werden personenbezogene Daten auch bei der Durchführung von Erstattungs- und Überleitungsansprüchen anderer Leistungsträger oder anderer Stellen verarbeitet.

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung (Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 2 DS-GVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von verschiedenen gesetzlich normierten Vorgaben:

Sozialgesetzbücher (SGB) I, IX, X, XII

Darüber hinaus ist gemäß Art. 6 Abs. lit.a DSGVO eine Datenverarbeitung auch zulässig, wenn die betroffene Person ihre Einwilligung erteilt hat.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten erhalten folgende Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern:

- innerhalb des Verantwortlichen:
zuständiger Fachbereich, Stadtkasse
- Auftragsverarbeiter:
bei Einsatz von Software des Softwarehersteller Prosoz Herten und ITP- App (Integrierte Teilhabeplanung) des Freistaates Thüringen
- Dritte (außerhalb des Verantwortlichen):
Grundsätzlich werden ohne Ihr Einverständnis keine personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Es bestehen jedoch spezifische Amts Ermittlungs-, Erhebungs-, und Übermittlungsgrundsätze im Sozialverwaltungsverfahren nach den einschlägigen Regelungen des SGB. Sofern im Rahmen der Verarbeitung Ihre Daten an Dritte übermittelt werden, erfolgt dies aufgrund gesetzlicher Ermächtigung. Je nach Fall Verlauf ist eine Datenweitergabe an folgende mögliche Stellen erforderlich, z.B. Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter, gesetzliche Renten-, Unfall-, Pflege- und Krankenversicherung, Jugendamt, Finanzamt, Kfz -Zulassungsstelle, Bundeszentralamt für Steuern, Einwohner- und Meldebehörde, Ausländerbehörde, Gesundheitsamt, Kindergeldkasse, Grundbuchamt, Nachlassgericht, Amtsgericht, Vermieter, Versicherungsunternehmen, Arbeitgeber, Polizei, Staatsanwaltschaft, Standesamt, Stadtkasse zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs, Geldinstitute/Banküberweisungen an Zahlungsempfänger; Landesamt für Statistik bzw. Bundesamt für Statistik in anonymisierter Form, Staatliches Schulamt, Amt für Bildung, Träger der freien Wohlfahrtspflege, Private Leistungserbringer, Amtärztliche Dienste, Gerichte im Fall von Klageverfahren

Verarbeitet werden alle relevanten Daten, die zur Aufgabenerfüllung nach den SGB IX, XII erforderlich sind. Hierzu zählen zum Beispielangaben zur Person, Personen die in Haushalts Gemeinschaften leben, Kosten der Unterkunft Kosten der Einrichtungen, Art der Krankenversicherung, Kranken- und Pflegekasse, sämtliche Arten von Einkommen und Vermögen, Unterhaltspflichtige, Sozialleistungsträger, Schwerbehinderung, Pflegebedürftigkeit, Angaben zu Arbeitnehmern bei Leistungen des Persönlichen Budgets.

Personenbezogene Daten werden grundsätzlich im Falle von überzuleitenden und als Ansprüchen an die Kinder, Eltern/Elternteil und/ oder Ehepartnern bzw. ehemaligen Ehepartnern sowie ggf. Von denen Bevollmächtigte Personen (z.B. Rechtsanwälte) bzw. Betreuer übermittelt.

Personenbezogene Daten werden grundsätzlich im Falle von Bevollmächtigten Personen (z.B. Rechtsanwälte) bzw. Betreuer übermittelt.

6. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation (Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Werden Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt?

- Ja. | Nein.

Die Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von:

- Angemessenheitsbeschluss (Art. 45 DS-GVO)

- Geeignete Garantien (Art. 46 DS-GVO)

7. **Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer (Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)**

Die Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt für die Dauer von zehn Jahren nach dem Ende des Bewilligungszeitraums bzw. des letzten Verwaltungshandelns oder solange dies zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben (gem. § 67c SGB X) erforderlich ist.

Die konkrete Speicherdauer kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht angegeben werden. Daher werden die Daten so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen für die (jeweilige Aufgabenerfüllung beschrieben) erforderlich ist.

8. **Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung (Art. 13 Abs. 2 lit. b DS-GVO)**

Die nachfolgenden Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann grundsätzlich nicht mehr (Art. 21 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln, (Art. 20 DS-GVO).

9. **Recht auf Widerruf der Einwilligung bei einer Verarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO (Art. 13 Abs. 2 lit. c DS-GVO)**

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten beruht auf einer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO). Daher haben Sie das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

10. **Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 13 Abs. 2 lit. d DS-GVO)**

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO. Dies ist in Thüringen der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Häßlerstraße 8, 99096 Erfurt (www.tlfdi.de).

11. **Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten (Art. 13 Abs. 2 lit. e DS-GVO)**

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist

gesetzlich vorgeschrieben.

vertraglich vorgeschrieben.

für einen Vertragsabschluss erforderlich.

Sind Sie verpflichtet, Ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen?

Ja.

Nein.

Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, hat nach § 60 SGB I alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind und auf Verlangen des zuständigen Leistungsträger die Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zuzustimmen, sowie Änderungen in den Verhältnissen, die für die Leistung erheblich sind, unverzüglich mitzuteilen und Beweismittel vorzulegen. Demnach sind sie verpflichtet, dem für die Antragstellung zuständigen Leistungsträger alle erforderlichen Daten für das beantragte Sozialhilfverfahren anzugeben, wozu auch Ihre personenbezogenen Daten gehören. Wenn Sie die erforderlichen Daten nicht angeben und somit Ihren Mitwirkungspflichten nach den §§ 60 ff SGB I nicht nachkommen, kann ja Antrag nicht bearbeitet und die Leistungen versagt oder entzogen werden.

12. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1, 4 DS-GVO (Art. 13 Abs. 2 lit. f DS-GVO)

1. Erfolgt die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten mittels automatisierter Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1, 4 DS-GBO?

Ja

Nein.

13. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck (Art. 13 Abs. 2 lit. f DS-GVO)

Werden Ihre personenbezogenen Daten für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden?

Ja.

Nein.